



BBU-Pressemitteilung
31.01.2018

Bundesverband
Bürgerinitiativen
Umweltschutz e.V.
Prinz-Albert-Str. 55
53113 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 214032
Fax: +49 (0) 228 214033

bbu-bonn@t-online.de
www.bbu-online.de
www.facebook.com/bbu72

Der BBU fordert von der Bundesregierung die sofortige Aufklärung und Sanktion zum Thema Tier- und Menschenversuche

(Bonn / Berlin, 31.01.2018) Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) verurteilt aufs Schärfste die jüngst bekannt gewordenen Versuche an Affen und Menschen durch die Europäische Forschungsvereinigung für Umwelt im Transportsektor (EUGT). Der BBU fordert von der Bundesregierung die unmittelbare, transparente und schonungslose Aufklärung des Dieselaabgasskandals mit Tier- und Menschenversuchen, mit allen Beteiligten und allen justiziablen Konsequenzen. Dazu gehört für die Zukunft auch ein Mitsprache- und Vetorecht von Ethikkommissionen.

Medizinische Forschung am Menschen soll laut der mehrfach revidierten 'Deklaration von Helsinki' (1964) nach ethischen Richtlinien des Weltärztebundes (World Medical Association, WMA) mit vorrangig schützendem Auftrag der Probanden und ohne Interessenkonflikt erfolgen. Ethikkommissionen haben lediglich beratende Funktion und können keine Forderungen erheben. Bedauerlicher Weise gelten entsprechende Vorgaben bislang nicht für Tests mit Tieren.

In Art. 1, Abs. 1 und Art. 2, Abs. 2. des Grundgesetzes sind Menschenwürde, das Recht auf Leben und die körperliche Unversehrtheit mit als höchste Güter für alle Menschen zugesichert. Die experimentellen Versuche mit verharmlosenden und verfälschenden Studienergebnissen beweisen nun endgültig den Verlust jeglicher Verantwortung und Missachtung dieser Grundwerte unserer Verfassung. Es ist bereits wissenschaftlich erwiesen, dass Schadstoffe wie Stickoxide gesundheitsschädlich sind, Todesursachenstatistik und die steigende Zahl der Umwelterkrankungen belegen das. Planung und Durchführung der Versuche an Menschen und Affen sind daher unethisch und unmoralisch und verstoßen gegen jegliches Normen- und Wertesystem.

Verbände wie der BBU und Bürgerinitiativen, die sich vielfältig und sachkundig um Einforderung des verfassungsgemäß zugesicherten gesundheitlichen Wohls und das Recht darauf bemühen, erfahren oftmals Ignoranz und Ablehnung, möglicherweise eben auch durch solch lancierte, unethische Studienergebnisse.

Zu den bisher ungeahndeten betrügerischen Maßnahmen in der Automobilindustrie zum Thema Diesellabgasskandal zeigen die jüngst entdeckten Vorfälle der dazu vorgenommenen Tier- und Menschenversuche die komplexe, schamlose Verflechtung zwischen Wirtschaft, Auftraggebern und Politik. VW, BMW, Daimler und Bosch haben die EUGT als offenkundig eigennützigem, vorübergehendem Lobbyverein gegründet, um Versuchsreihen „zum Wohle der Gesundheit der Bevölkerung“ durchzuführen. Die Politik hat sich durch diese Lobbyarbeit erneut hinter das Licht führen lassen und toleriert offensichtliche Betrügereien statt sie zu sanktionieren; ein fatales Vorbild für Nachahmer und zudem volkswirtschaftlich katastrophal.

Wenn nun das Wirtschaftszugpferd Automobilindustrie und alle damit verbundenen Akteure erneut um „Entschuldigung“ bitten, nährt das den Verdacht, dass die Veröffentlichung der Studienergebnisse zum jetzigen Zeitpunkt alleine der Verharmlosung und der Ablenkung von den kriminellen Machenschaften der Automobilindustrie dienen.

Es muss endlich politisch gehandelt werden, anstelle öffentlich rührseliger Bekundungen von allen „betroffenen“ Seiten. Tatsächlich Betroffene sind diejenigen, die alltäglich den vielseitigen Schadstoffsituationen ausgesetzt sind - verursacht durch wirtschaftliche Interessen global agierender Machtkonzerne. Wirtschaftliche Abhängigkeit der arbeitenden Bevölkerung und deren Familien sowie Unkenntnis und Falschinformation über die sie beeinträchtigenden Schadstoffe behindern effektive Maßnahmen der Regulierung für eine lebenswerte (Um)Welt. Transparente, authentische Aufklärung und unabhängige, verantwortungsbewusste Politik sind die Schlüssel zur Verwirklichung der im Grundgesetz versprochenen Werte.

Engagement unterstützen

Informationen über den BBU und seine Aktivitäten gibt es im Internet unter <http://bbu-online.de>, telefonisch unter 0228-214032. Die Facebook-Adresse lautet www.facebook.com/BBU72. Postanschrift: BBU, Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn.

Der BBU ist der Dachverband zahlreicher Bürgerinitiativen, Umweltverbände und Einzelmitglieder. Er wurde 1972 gegründet und hat seinen Sitz in Bonn. Weitere Umweltgruppen, Aktionsbündnisse und engagierte Privatpersonen sind aufgerufen, dem BBU beizutreten um die themenübergreifende Vernetzung der Umweltschutzbewegung zu verstärken. Der BBU engagiert sich u. a. für menschen- und umweltfreundliche Verkehrskonzepte, für den sofortigen und weltweiten Atomausstieg, gegen die gefährliche CO₂-Endlagerung, gegen Fracking und für umweltfreundliche Energiequellen.

Zur Finanzierung seines vielfältigen Engagements bittet der BBU um Spenden aus den Reihen der Bevölkerung. Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, IBAN: DE62370501980019002666, SWIFT-BIC: COLSDE33.